Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Rede
Nr. 304/2026
Kiel, 12.11.2026

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Gesunde Ernährung darf keine Frage des Geldbeutels sein

„Gesunde Ernährung darf kein Privileg sein. Sie muss für alle Menschen in Schleswig-Holstein möglich sein – unabhängig vom Einkommen und vom Wohnort.“

Christian Dirschauer zu TOP 22 - Ernährungsarmut in Schleswig-Holstein wirksam bekämpfen – Landesweites Handlungskonzept entwickeln und umsetzen (Drs.20/5028)

Gesunde Ernährung darf keine Frage des Geldbeutels sein. Doch die Realität in Schleswig-Holstein sieht leider anders aus: Wer wenig Geld hat, muss beim Einkauf häufig nicht zwischen gesund und ungesund entscheiden, sondern zwischen bezahlbar und unbezahlbar. Die Tafeln in unserem Land leisten hier Tag für Tag Großartiges. Dafür gebührt den vielen Ehrenamtlichen unser ausdrücklicher Dank. Die Tafeln können Not lindern, aber sie dürfen kein Ersatz für eine verlässliche Sozialpolitik sein.
Wie viele Menschen tatsächlich von Ernährungsarmut betroffen sind, lässt sich in Schleswig-Holstein bislang nicht verlässlich beziffern. Die Datenlage ist unzureichend, und das Problem reicht weit über diejenigen hinaus, die auf Lebensmittelspenden angewiesen sind. Deshalb fordern wir mit unserem Antrag ein landesweites, ressortübergreifendes Handlungskonzept gegen Ernährungsarmut.
Ernährungsarmut ist nicht auf den ersten Blick erkennbar. Es bedeutet nicht unmittelbar, vor einem leeren Teller zu sitzen. So weist die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein darauf hin; Betroffene leiden in

Deutschland meist unter einer qualitativen Mangelversorgung mit Nährstoffen, während sie gleichzeitig mit Kalorien überversorgt sind. Ernährungsarmut bedeutet, beim täglichen Einkauf gezwungen zu sein, stetig das billigste statt des gesünderen Lebensmittels wählen zu müssen. Sie bedeutet, auf frisches Obst und Gemüse zu verzichten oder eine soziale Einladung auszuschlagen, weil das Geld für einen gemeinsamen Restaurantbesuch schlicht nicht da ist. Ernährungsarmut ist damit nicht nur ein gesundheitliches Problem – sie ist ein massiver Einschnitt in die gesellschaftliche Teilhabe und die Chancengerechtigkeit unserer Bürger. Besonders betroffen sind einkommensarme Familien, Alleinerziehende, Studierende und Senioren mit geringen Renten. Die massiven Preissteigerungen bei Lebensmitteln infolge von Krisen und Inflation haben die Lage drastisch verschärft. Gerade Haushalte mit geringem Einkommen müssen einen besonders großen Teil ihres Budgets für Lebensmittel, Wohnen und Energie aufbringen. Da bleibt oft kaum finanzieller Spielraum für eine ausgewogene und gesunde Ernährung.
So wichtig die Arbeit der Tafeln und das unermüdliche Engagement der Ehrenamtlichen im Land sind, das ist unbestritten, der Staat darf aber nicht aus seiner Verantwortung entlassen werden. Die Versorgung von Menschen mit geringem Einkommen darf nicht am Tropf von Lebensmittelspenden hängen.
Ernährungsarmut lässt sich weder allein durch Ernährungsbildung noch durch punktuelle steuerpolitische Maßnahmen überwinden. Wir haben als SSW bereits im Sommer die Senkung der Mehrwertsteuer auf gesunde Lebensmittel gefordert, um einen schnellen ersten Impuls zu setzen. Die Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände hat unseren Vorstoß ausdrücklich begrüßt, zugleich aber zu Recht deutlich gemacht: Ein finanzpolitisches Instrument allein reicht nicht aus. Es braucht eine umfassende, eingebettete Sozial- und Gesundheitspolitik.
Ein zentraler und wirksamer Baustein unseres Antrags ist daher ein konkreter Stufenplan für eine beitragsfreie, qualitativ hochwertige Kita- und Schulverpflegung nach dem Vorbild unserer skandinavischen Nachbarn. Das Schulmittagessen in Schweden oder Finnland ist dort bereits seit Jahren Teil des Bildungsangebotes. Dort ist das gemeinsame Mittagessen keine Sozialleistung für Bedürftige, sondern ein Angebot für alle Kinder. Niemand muss seine Bedürftigkeit nachweisen. Niemand wird ausgegrenzt. Und genau das ist der nordische Gedanke, von dem wir auch in Schleswig-Holstein lernen können: Gesunde Ernährung und gleiche Bildungschancen gehören zusammen.
Um das Problem zu lösen, benötigen wir eine umfangreiche Datenlage. Dafür müssen wir wissen, wer besonders betroffen ist und wo Versorgungslücken bestehen. Nur so können wir gezielt handeln und beispielsweise wohnortnahe Gemeinschafts- und Beratungsangebote stärken.
Zudem fordern wir die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für armutsfeste Kinderleistungen und spürbar höhere Regelsätze in der

Grundsicherung einzusetzen.
Wir brauchen dafür die Kommunen, Wissenschaft, Wohlfahrtsverbände und vor allem Menschen mit eigener Armutserfahrung. Und wir brauchen konkrete Maßnahmen, klare Zuständigkeiten und überprüfbare Ziele. Denn das Handlungskonzept darf am Ende nicht in einer Schublade landen.
Gesunde Ernährung darf kein Privileg sein. Sie muss für alle Menschen in Schleswig-Holstein möglich sein – unabhängig vom Einkommen und vom Wohnort.